

# Klima-Abstimmung: Komitee fordert Offenheit statt Verbote

- 24.05.2023
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten Online

Der Ort der Zusammenkunft war mit Bedacht gewählt: Die warme Backstube des «Randenstübli» sollte sinnbildlich für die Gefahr stehen, welche vom Klimaschutzgesetz für kleine und mittlere Unternehmen ausgeht. Horrende Strompreise und Lebensmittelkosten – zumindest gemäss dem Komitee «Nein zum Stromfresser-Gesetz» Schaffhausen. Die überparteiliche Gruppe, die sich aus Vertretern der SVP, der EDU, des Automobil Clubs der Schweiz (ACS) und weiteren Interessenvertretern aus der Region zusammensetzt, stellte am Dienstagmorgen hinter den Kulissen der Bäckerei ihre Bedenken bezüglich der Abstimmung am 18. Juni vor. Anwesend waren neben Komitee-Präsident und alt SVP-Kantonsrat Andreas Gnädinger Kantonsrat Mariano Fioretti (SVP), der Präsident des Schaffhauser Bauernverbands Christoph Graf, SVP-Nationalrat Thomas Hurter, Benjamin Salzmann von der Jungen SVP sowie Kantonsrat Erwin Sutter (EDU).

Den Anfang machte Gnädinger: Man sehe dem Gesetzestext die ideologische Ausrichtung sofort an, erklärte der Anwalt, weil er Zielwerte ausbebe, ohne dass die dafür notwendigen Massnahmen konkretisiert würden. «So müsste auch die Bäckerei, in der wir uns gerade befinden, bis spätestens im Jahr 2050 Netto-Null-Emissionen aufweisen.» Darüber, wie das funktionieren solle, gebe die Initiative hingegen keinen Aufschluss. Die Mehrkosten für jeden Einzelnen könnten bloss geschätzt werden. Nur dass es teuer wird, darin stimmten alle Beteiligten überein.

Angst vor schärferen Gesetzen Christoph Graf sprach in der Folge von den existenzbedrohenden Folgen für die Landwirtschaft bei einer Annahme des Gesetzes. Nicht zuletzt, weil sich der Bund bei Nichteinhaltung der Vorgaben herausnehmen könne, weitere Gesetze anzupassen. Das könne letztlich darauf hinauslaufen, «dass wir unseren Tierbestand um zwei Drittel reduzieren müssen.» Auch Erwin Sutter beanstandete, dass es letztlich dem Bundesrat überlassen bleibe, extremere Massnahmen zu verordnen, etwa das Verbot von Benzin, Flugreisen oder den Ersatz funktionierender Öl- und Gasheizungen. Thomas Hurter argumentierte ähnlich im Hinblick auf den Verkehr: Ein kompletter Umstieg auf Elektromobilität würde die Probleme der Versorgungssicherheit nur verschärfen.

Statt mit Verboten zu drohen, solle man der Herausforderung des Klimawandels technologieoffen begegnen, argumentierte der Nationalrat. Und Mariano Fioretti sprach von falschen Versprechungen in Bezug auf die Wirksamkeit der Massnahmen, weil die Schweiz nur 0,1 Prozent des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses beitrage. Benjamin Salzmann (JSVP) sprach denn auch von einem utopischen 27-Jahres-Plan, an dem höchstens «Mao Tse-tung Freude gehabt hätte». kompletter Umstieg auf Elektromobilität würde Probleme der Versorgungssicherheit nur verschärfen Angst vor schärferen Gesetzen Ist dieser Artikel lesenswert? Artikel teilen Kommentare (0) Alexander Vitolić Christoph Graf sprach in der Folge von den existenzbedrohenden Folgen für die Landwirtschaft bei einer Annahme des Klima-Gesetzes.